

Zahl der Kokain-Süchtigen um 230 Prozent gestiegen

WUPPERTAL. Innerhalb von zehn Jahren ist die Zahl der Kokain-Süchtigen um 230 Prozent gestiegen. Das geht aus dem Suchtatlas des Barmer Instituts für Gesundheitssystemforschung (BIFG) hervor. Demnach gab es 2013 bundesweit 19.700 Patienten, die wegen des Konsums dieses Rauschgifts in ärztlicher Behandlung waren, 2023 waren es bereits 65.000. „Die enorme Zunahme an Behandlungen wegen Kokainmißbrauchs ist alarmierend. Das wahre Ausmaß wird noch viel größer sein, da wir nur den Bruchteil der Betroffenen in ärztlicher Behandlung sehen“, erklärte Ursula Marschall, Leitende Medizinerin bei der Barmer Krankenkasse. „Die aktuelle Kriminalstatistik zeigt, daß die Zahl der Kokaindelikte seit dem Jahr 2023 um gut 27 Prozent gestiegen ist und damit einen neuen Höchststand erreicht hat.“ 50.600 der Kokain-Patienten waren Männer, nur 14.400 Frauen: „Kokain hat einen stimulierenden und aufputschenden Effekt. Deshalb wird es häufig als Leistungsdroge bezeichnet“, so Marschall. Unter jüngeren Süchtigen sei eher der Konsum von Cannabis verbreitet, bei älteren der Alkohol- und Medikamentenmißbrauch. (fis)
► www.barmer.de/presse/infothek

Naturkonferenz: Milliarden aus Deutschland zugesagt

CALI. Die 16. UN-Weltnaturkonferenz (CBD) konnte sich nicht auf eine Abschlusserklärung und die Finanzierung eines jährlichen 20-Milliarden-Budgets für arme Länder einigen. Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) hatte vor ihrem Flug nach Kolumbien zugesagt, ab 2025 jährlich 1,5 Milliarden Euro – doppelt soviel wie bisher – dafür zu zahlen. Auch für den Beschluß der 15. CBD-Konferenz, 30 Prozent der globalen Land- und Meeresfläche bis 2030 unter Schutz zu stellen (Kunming-Montréal Global Biodiversity Framework), gab es keine Mehrheit für ein Rahmenabkommen. „Erfreulich ist dagegen, daß eine Grundstruktur für einen Fonds geschaffen wurde, über den die Profite aus der Nutzung genetischer Daten von Pflanzen und Tieren gerecht verteilt werden sollen. Zudem ist es gelungen, einen permanenten Ausschuss für indigene Völker und Gemeinschaften ins Leben zu rufen“, erklärte Jochen Flasbarth (SPD), Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zudem steige der deutsche Beitrag zum Global Biodiversity Framework Fund (GBFF) um 50 auf 90 Millionen Euro. (fis)
► news.un.org/en/tags/coop16

Industrie: Erdgas weiterhin wichtigster Energieträger

WIESBADEN. Die Industrie in Deutschland hat 2023 insgesamt 3.282 Petajoule (912 Terawattstunden) Energie verbraucht. Das waren 7,8 Prozent weniger als im Vorjahr, teilte das Statistische Bundesamt mit. Hauptgrund sei, daß die Produktion in den energieintensiven Branchen um 11,2 Prozent gesunken ist. Trotz eines Rückgangs um 6,4 Prozent gegenüber 2022 blieb Erdgas mit einem Anteil von 28 Prozent der am meisten verwendete Energieträger in der deutschen Industrie, gefolgt von Strom (21 Prozent), Mineralöl und Mineralölprodukten (16 Prozent) sowie Kohle (15 Prozent). Größter Energieverbraucher waren die Chemiebranche (26,5 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs) und die Metallindustrie (23,9 Prozent). (fis)

Milliarden fürs gute Gewissen

Habecks Klimaschutzverträge, bei denen die Antragsteller Einfluß auf die Bedingungen nehmen können

DIRK MEYER

Vom 11. bis 22. November wird in Baku die 29. Weltklimakonferenz (COP29) veranstaltet. Hauptthema in der aserbaidschanischen Hauptstadt ist die Klimaschutz-Finanzierung, denn die bisherige Abmachung, daß die reicheren der 193 UN-Mitgliedstaaten jährlich 100 Milliarden Dollar für die ärmeren Länder bereitstellen, läuft 2025 aus. Wie hoch das neue Klimafinanzierungsziel (NCQG) steigt, wird heiß diskutiert werden. Auf der vergangenen COP28 in Dubai wurde die Abkehr von fossilen Brennstoffen, die Verdreifachung der Kapazität der erneuerbaren Energien bis 2030 und die Verdoppelung der Energieeffizienz vereinbart. Was das heißt, ist interpretierbar. Beim Zubau von Photovoltaik (PV) ist Deutschland voll dabei: 2023 erhöhte sich die installierte Leistung um 14,6 auf 82 Gigawatt (GW), in diesem Jahr kamen bislang 12,3 GW hinzu – das reicht theoretisch für die Spitzenlast von 85 GW an einem Dezemberabend. Doch PV liefert seine Spitzenleistung nur in der wolkenfreien sommerlichen Mittagssonne. Deswegen sind mindestens 80 GW konventionelle und Stromimportkapazitäten bei Dunkelflauten, wenn auch die Windkraft nicht liefert, unverzichtbar.

In der Industrie ist die Abkehr von fossilen Energien noch schwieriger. Deswegen hat Robert Habeck, Chef des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) kürzlich seine Klimaschutzverträge vorgestellt. Mit dabei ausgewählte Lenker geförderter Mittelständler und der Großindustrie, die ein braves Loblied sangen. Denn der Standort Deutschland brennt. Aktuelles Beispiel BASF: Die Produktion im Stammwerk in Ludwigshafen wurde zurückgefahren und 4.200 Stellen abgebaut. Zudem sollen Pläne bestehen, etwa ein Siebtel der Anlagen zu schließen, um deren Produktion bis 2028 nach China zu verlagern.

Verifizierten Emissions- und Energieeffizienzbericht vorlegen

Der deutsche Klimaschutzweg kostet und bedroht die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Insbesondere auch, weil die Ampel das Dekarbonisierungsziel gegenüber den EU-Vorgaben noch verschärft hat (JF 43/24). In China oder Indien bestehen solche Auflagen nicht, so daß dort die Produktion kostengünstiger erfolgen kann – zu Lasten der Umwelt, des Klimas und deutscher Arbeitsplätze. Das CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) der EU für Aluminium, Düngemittel, Eisen und Stahl, Elektrizität, Wasserstoff und Zement soll diesen Nachteil ausgleichen und „Umweltdumping“ verhindern. Doch diese CO₂-Zölle sind kaum praktikabel und werden Gegenreaktionen auslösen.

Die Klimaschutzverträge sollen dem grünen Minister zufolge „Leuchtturm-Projekte“ fördern und Firmen unterstützen, in klimafreundliche Produktionsanlagen zu investieren und diese langfristig zu betreiben. Die Mehrkosten werden über Subventionen ausgeglichen und Preisrisiken von Wasserstoff oder CO₂-Zertifikaten bis 2039 abgesichert. Anstatt politisch für generelle Planungssicherheit zu sorgen, wird das gewünschte unternehmerische Handeln durch Steuergelder individuell belohnt und andere Wettbewerber diskriminiert.

Von den nur 17 Anträgen der ersten Ausschreibungsrunde erhielten 15 Projekte den Zuschlag und damit die Zusage von maximal 2,8 Milliarden Euro. Die tatsächliche Fördergeldsumme kann je-



Robert Habeck und Südzucker-Vorstand Hans-Peter Gai: Subventionen für grüne Projekte

doch niedriger ausfallen, wenn sich die Preise für „grünen“ Wasserstoff oder Strom günstiger entwickeln als in den Förderanträgen unterstellt. Für den Fall, daß die CO₂-sparende Produktion sogar kostengünstiger wird, würde sich die Zahllast gar umkehren. Die geförderten Firmen müßten die Differenz an den Staat zahlen – quasi eine Innovationssteuer. Die Gelder fließen nach Abrechnung am Jahresende, wenn die Betreiber eine entsprechende Emissionsminderung nachgewiesen haben. Dazu müssen sie einen verifizierten Emissions- und Energieeffizienzbericht vorlegen – lukrative Arbeit für externe Sachverständige.

Die geförderten Unternehmen kommen aus den energieintensiven Sektoren Glas und Keramik, Papier und Zellstoff sowie der Chemie. Neben der BASF gibt es bekannte Namen wie Knauf (Dämmstoffe), Südzucker, Tesa und Wienerberger (Ziegel), aber auch Mittelständler wie die Papierfabriken Drewsen (Celle) und Adolf Jass (Fulda) oder zwei deutsche Glaswerke des französischen Saint-Gobain-Konzerns. Positiv ist das Bieterverfahren: Prinzipiell wird das Förderbudget an diejenigen Firmen vergeben, die pro eingesparter Tonne CO₂ die geringste Subvention beanspruchen wollen. Hellhörig macht allerdings, daß 15 von 17 Anträgen durchgewunken wurden. Zum anderen standen ursprünglich vier Milliarden Euro zur Verfügung. Diese Summe wurde reduziert, wohl um noch eine gewisse Auswahl bei der geringen Zahl von Anträgen vornehmen zu können.

Damit wurde das eigentlich effiziente Verfahren ad absurdum geführt, denn es gab praktisch keinen Bieterwettbewerb, da 90 Prozent der Projekte angenommen wurden. Eher kann ein Kartell der Antragsteller vermutet werden, denn sieben der 15 bewilligten Förderbescheide wurden von der Kölner Rechtsanwaltskanzlei Luther betreut, was ein abgestimmtes Verhalten nahelegt: Kein anderes Förderinstrument bietet eine volle Förderung der Investitionen in neue Anlagen und die höheren Betriebskosten, lobte Anwalt Gernot-Rüdiger Engel das Verfahren. Damit können alle zufriedenen sein – nur nicht die finanzierenden Steuerzahler.

Das vorbereitende Verfahren für die zweite Runde der Klimaschutzverträge hat schon begonnen. Dabei prüft das BMWK aktuell, ob die Förderbe-

dingungen angepaßt werden sollen. Daher wolle es alle Firmen „ermutigen“, mit ihren großen Dekarbonisierungsvorhaben am vorbereitenden Verfahren teilzunehmen. Nur wenn wir Ihre Vorhaben kennen, können wir das Förderprogramm paßgenau ausgestalten.“ So wird überlegt, ob auch die Abscheidung, Nutzung und Speicherung von CO₂ (Carbon Capture Use and Storage/CCS), was früher von den Grünen verteuert wurde, gefördert werden soll. Das klingt nach einem „Wunschkonzert“. Schließlich haben die Antragsteller nach dem Start der zweiten Gebotsrunde im Dezember mehrere Monate Zeit, um ihre Gebote einzureichen.

Über 15 Jahre lediglich bis zu 17 Millionen Tonnen CO₂ einsparen?

Darüber hinaus wird die mit dem Programm finanzierte CO₂-Einsparung auch sehr teuer erkaufte. Nimmt man die Maximalförderung von 2,8 Milliarden Euro als Basis, dann sollen über 15 Jahre bis zu 17 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. Pro eingesparter Tonne CO₂ ergibt das eine Subvention von 165 Euro. Demgegenüber beträgt der Preis für ein entsprechendes Nutzungszertifikat im EU-Emissionshandel (EU-ETS) aktuell nur 64 Euro. Andersherum: Deutschland finanziert für alle Zertifikatkäufer diesen günstigen EU-ETS-Preis mit, indem die Klimaverträge entsprechende CO₂-Zertifikatnachfrage auf Staats-sprich Steuerzahlerkosten vermeiden helfen.

Warum dann nicht den ETS-Handel auf alle Produktionen ausdehnen? Die Einheitlichkeit des Preises würde gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle EU-Produzenten schaffen, eine Interventionspirale des staatlichen Nachsteuerns vermeiden und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Zudem kommen Klimaschutzverträge einer direkten Projektförderung gleich. Damit entsteht letztendlich eine staatliche Investitionslenkung. Klimaschutzverträge sind so gesehen eher DDR-Planwirtschaft 2.0 in modern-grüner Verpackung.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.
► www.klimaschutzvertraege.info

Umwelt

Grüne ohne Naturliebe

Von Volker Kempf

Aus den Grünen wurde inzwischen eine reine Großstadtpartei, Zimmerpflanzen sind ihr lebensweltlich näher als der Acker. Der Kampf um den Torf im Blumentopf wurde dann auch schon zum Kampf des schwäbelnden Ampelministers Cem Özdemir. Die Bauern verärgerte der mit 40 Prozent im Wahlkreis Stuttgart I direkt gewählte Sozialpädagoge indes mit seiner Agrarpolitik. In schwierigen Zeiten müssen Landwirte einen wachsenden Kostendruck stemmen, da hilft ihnen die ideologische Politik der Bundesregierung nicht weiter. Steigt die Wut der Bauern, spricht Özdemir gerne davon, es sei friedlich zu diskutieren. Selbst teilt er aber gerne aus wie ein Phrasendrescher, wenn es um die unliebsame Konkurrenz von rechts geht. Das polarisiert und bringt damit, so die Kalkulation, den Grünen die Stimmen zurück. So recht geht die Rechnung nur nicht auf.

Um Politik für die Umwelt und die Menschen zu machen, braucht man diese Großstadtpartei nicht mehr.

Die Großstadtgrünen lauschen den GEZ-Medien, die überwiegend von ihresgleichen gemacht werden, und wittern in jedem gemeldeten Wetterphänomen überall in der Welt den Klimawandel als Ursache. Die aus Südbaden stammende Politologin und Wirtschaftsstaatssekretärin Franziska Brantner, die nach dem Vorsitz der Partei greift, heult da auch nur mit den Wölfen. Originelle Köpfe wie ihr Ex-Lebensgefährte Boris Palmer spielen keine Rolle mehr. Die Grünen bleiben, auch nach dem Abgang von Ricarda Lang und Omid Nouripour, personell eine naturfremdete Großstadtpartei, wenig fachkompetent, berechenbar und langweilig. Die Grünen haben ihren Zenit überschritten. Es geht bei ihnen eher um das eigene Überleben als noch um Kanzlerschaft und den Ministerpräsidenten, den sie stellen. Der 76jährige Amtsinhaber Winfried Kretschmann gehört schon zu den austerbenden Arten im Biotop der Grünen. Um Politik für Natur und Umwelt zu machen und die Menschen dabei mitzunehmen, braucht man die Grünen nicht mehr.

Erkenntnis

„Die Automobilbranche steht vor einer gewaltigen Transformation. Das bietet auch gewaltige Chancen. Sie ist in vielen Bereichen am weitesten, etwa bei der Kombination von Software, Microchips und Hardware. In dieser Industrie ist es wichtig, Modelle schneller auf den Markt zu bringen. Dafür brauchen sie Simulation. Wir werden gemeinsam mit Altair Engineering aus Michigan in diesem globalen Markt führend sein und können Simulation in der ganzen Kette anbieten.“

Cedrik Neike, Siemens-Industrievorstand und früherer Vizechef von Cisco Systems

Ja, ich werde Förderabonnent!

Ich möchte vom Normal-Abo auf das Förder-Abo umsteigen

Sie erhalten exklusive Informationen und Einladungen für die Freunde der JF.

Mit meinem Förderabo (23,50 Euro vierteljährlich mehr als das Normalabo) unterstütze ich junge Leser der JF, die sich sonst kein Abonnement leisten könnten.

Coupon ausfüllen und einsenden:
JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG
Leserdienst Hohenzollerndamm 27a
10713 Berlin

Rufen Sie gern an:
Sandra Schulz, Leserdienst
030/86 49 53-42
Fax 030/86 49 53-50

Anschrift

Vorname/Name

Straße/Nr. (Kein Postfach)

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Datum Unterschrift

Datenschutzhinweis:

Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden. **Vertrauensgarantie:** Eine Weitergabe meiner Daten an unberechtigte Dritte erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter jf.de/datenschutz

Freunde der JF



Weil die Freiheit Freunde braucht.

Unterstützen Sie die JUNGE FREIHEIT in ihrem Kampf für Meinungsfreiheit – heute und morgen.